

31.10.2022

Aktuelle Stunde

auf Antrag
der Fraktion der SPD

Ministerpräsident Wüst muss Blockade beim Bürgergeld beenden!

Ausweislich aktueller Medienberichterstattung von Sonntag, den 30. Oktober 2022, verteidigt der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Hendrik Wüst die Blockadehaltung der Unionsparteien zur geplanten Einführung des Bürgergelds über den Bundesrat. Der Ministerpräsident begründet seine ablehnende Haltung damit, dass es „nicht gerecht ist, dass Menschen auf Kosten derer, die fleißig arbeiten gehen, ziemlich lange nicht mitwirken müssen“.¹

Die Bundesregierung plant zum 1. Januar 2023 das neue Bürgergeld einzuführen. Dieses soll Hartz IV ablösen und für mehr Respekt sorgen und den Menschen mehr Vertrauen entgegenbringen. Das Bürgergeld würde für über eine Million Menschen in Nordrhein-Westfalen eine finanzielle Entlastung und Absicherung durch einen unkomplizierten und fairen Zugang zu einem Sozialstaat bedeuten. In den letzten Tagen mehren sich allerdings die Wortmeldungen mehrerer Spitzenpolitikerinnen und Spitzenpolitiker aus Reihen der CDU und CSU, die eine Blockade des Bürgergelds im Bundesrat androhen. So erklärt der CDU-Generalsekretär Mario Czaja: Die CDU wird dem so nicht zustimmen können. Ich gehe davon aus, dass wir darüber im Vermittlungsausschuss werden sprechen müssen“.² Diese Blockadehaltung würde eine Verzögerung der Einführung des Bürgergeldes und somit einer Verzögerung der finanziellen Entlastung von vielen Bürgerinnen und Bürgern bedeuten. Besonders Familien wären davon hart getroffen. In Zeiten von rasant steigenden Energie- und Lebensmittelpreisen ist diese Blockadehaltung besonders verantwortungslos. Von der SPD gibt es hingegen die Bereitschaft, über Detailfragen des Bürgergeldes zu verhandeln. Die Vorsitzende der SPD Saskia Esken erklärt dabei ausschließlich, dass der „Respekt und Wege zur nachhaltigen Überwindung der Notlage“ nicht verhandelbar seien.³ Vor diesem Hintergrund erscheint die Blockade-Haltung der Union als besonders taktisches Machtkalkül, das einzig und allein darauf ausgerichtet ist, der Ampel-Koalition auf Bundesebene und letztlich vor allem vielen Menschen, die vom Bürgergeld profitieren würden, zu schaden. Auch die Parteivorsitzende der Grünen Ricarda Lang unterstreicht die Notwendigkeit der schnellen Umsetzung: „Wer täglich in der Zeitung mehr Entlastungen fordert, sollte die Menschen bei deren Umsetzung nicht im Regen stehen lassen“ und FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai kritisiert, dass für „parteitaktische Manöver“ keine Zeit sei.⁴

¹ Htt ps: // www. Tagesschau .de/ inland /innen politik/buergergeld-bundesrat – 10 3.html [31.10.2022]

² WAZ-Ausgabe vom 31.10.2022 (S. 6)

³ WAZ-Ausgabe vom 31.10.2022 (S. 6)

⁴ Htt ps : // www. Spiegel .de/politik/ deutschland /buergergeld-gesetz- ampel -parteien-warnten- union-vor-blockade-im-bundesrat-a- 35 bbc 119 -b6 c0-4 bae-b2 88-b75 4011 59b 7d [31.10.2022]

Ziel muss es jetzt sein, dass das für Millionen Bürgerinnen und Bürger eine vernünftige Lösung gefunden wird, die ein respektvollen Umgang und Anerkennung für die Menschen in unserem Land sichert. Aufgrund der überragenden Bedeutung des Themas besteht ein dringendes öffentliches wie auch parlamentarisches Interesse, dass die Landesregierung in einer Aktuellen Stunde erläutert, wie das Bürgergeld in verantwortungsvoller Art und Weise mit Zustimmung der Unions-Parteien im Bundesrat noch dieses Jahr auf den Weg gebracht werden soll.

Thomas Kutschaty
Sarah Philipp
Lisa-Kristin Kapteinat
Lena Teschlade
Thorsten Klute

und Fraktion